

UiD Extra 26/ 1998

1998 - 2002

Wahl- plattform

Teil III



CDU



CSU 

Der Aufschwung ist da – mehr Beschäftigung in Deutschland

Der Aufschwung ist da: Seit Anfang des Jahres läuft die Konjunktur wie seit langem nicht mehr. Bis zu 3 % reales Wachstum sind 1998 erreichbar, und für das nächste Jahr sieht es noch besser aus.

Was noch wichtiger ist: Auch auf dem Arbeitsmarkt ist der langersehnte Durchbruch geschafft. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Deutschland seit Jahresbeginn um 700.000 zurückgegangen. Die Zahl der offenen Stellen erhöht sich permanent. Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt deutlich.

CDU und CSU haben mit ihrer Reformpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung die Voraussetzungen für diesen Aufschwung geschaffen. Diese Reformen müssen weiter fortgesetzt werden. Sie dürfen nicht, wie von der SPD angekündigt, zurückgenommen werden.

Wir können den Wettbewerb der Unternehmen und Ideen, der Steuer-, Sozial- und Bildungssysteme für uns entscheiden, wenn wir weiter mutig und entschlossen an unserer Zukunft arbeiten. CDU und CSU sind die Kräfte, die notwendige Veränderungen auch durchsetzen. Wir werden den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen zum Wohle der Menschen in unserem Land.

Große Steuerreform: Bürger und Betriebe entlasten

CDU und CSU wollen die Belastung von Bürgern und Unternehmen spürbar senken. Unsere Bürger sollen wissen: Bei der Bundestagswahl stimmen sie zugleich ab über unseren Vorschlag für die große Steuerreform. Niedrigere Steuersätze, weniger Ausnahmen, ein vereinfachtes Steuerrecht und eine Nettoentlastung von 30 Mrd. DM für Bürger und Betriebe – das sind die Inhalte unserer Reform.

Wir wollen den Eingangssteuersatz bei der Einkommensteuer von heute 25,9 % auf künftig 15 % senken. Alle Steuersätze müssen runter. Auch den Spitzensteuersatz wollen wir reduzieren, von heute 53 % auf 39 %. Wir wollen den Bürgern mehr Geld in der Tasche belassen. Steuergestalt-

tung, Steuervermeidung und Schattenwirtschaft werden auf diese Weise unattraktiv.

Wir wollen die Betriebe im Wettbewerb stärken und die Steuersätze für Einkommen aus gewerblicher Tätigkeit von heute 47 % auf 35 % senken. Der internationale Wettbewerb ist auch eine Konkurrenz um geringere Steuerbelastung. Deutschland muß für Investoren attraktiv sein. Deshalb wollen wir den Körperschaftssteuersatz für ausgeschüttete Gewinne auf 25 % und für einbehaltene Gewinne auf 35 % senken.

Gleichzeitig wollen wir das Steuerrecht vereinfachen und Ausnahmetatbestände abschaffen. Weniger steuerliche Vergünstigungen und Ausnahmen machen das Steuerrecht einfacher und gerechter.

Leistung muß sich lohnen. Die Steuerpolitik von CDU und CSU bringt Entlastung für alle.

Arbeit von Kosten entlasten

Die Kostenbelastung der Arbeit ist in Deutschland zu hoch. Wir werden die grundlegende Neuausrichtung unserer sozialen Sicherungssysteme hin zu mehr Eigenverantwortung und Eigenvorsorge sowie zu mehr Sparsamkeit und Effizienz fortsetzen. Dabei gilt auch zukünftig der Grundsatz, daß niemand überfordert wird. Wir wollen, daß die Beitragslast bis spätestens 2002 auf unter 40 % sinkt.

Mehr Freiraum für Privatinitiative – Staatsanteil senken – solide Finanzpolitik fortsetzen

Wir setzen uns das Ziel, bis zum Jahr 2000 den Staatsanteil auf 46 % zu reduzieren, um mehr Freiraum für private Initiativen zu schaffen. Wir haben durch konsequente Anstrengungen bewiesen, daß das Gesetz der steigenden Staatsausgaben durchbrochen werden kann. Wir werden am erfolgreichen Kurs strikter Konsolidierung der öffentlichen Haushalte festhalten.

An unserer erfolgreichen Privatisierungspolitik halten wir fest. Wir werden durch weitere Marktöffnungen und Privatisierungen mehr Raum für unter-

nehmerische Initiativen und neue Arbeitsplätze schaffen. Deshalb wollen wir weitere Unternehmen und Beteiligungen in Bundesbesitz privatisieren, z. B. im Verkehrs- und Telekommunikationsbereich, Aufgaben an effizientere private Dienstleister übertragen und private Träger stärker an Finanzierung und Betrieb von Infrastrukturmaßnahmen beteiligen.

Die Länder und Kommunen sind aufgefordert, sich die erfolgreiche Politik des Bundes zum Vorbild zu nehmen und ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet zu verstärken.

Neue Kultur der Selbständigkeit – Mittelstand als Motor der Wirtschaft

Wir wollen den Mittelstand stärken als Fundament für den Standort Deutschland und als Motor für neue Arbeitsplätze. Dazu wollen wir die Marktchancen für Existenzgründer weiter verbessern und ein gesellschaftliches Klima schaffen, das Existenzgründungen und Unternehmertum als erstrebenswertes Ziel vermittelt. Dazu gehört auch, daß wir bereits in Schule, Berufsschule und Hochschule die Bereitschaft zu mehr Risiko, Engagement, Kreativität und unternehmerischer Verantwortung als zentrales Bildungsziel verwirklichen.

Wir werden die Rahmenbedingungen gerade für mittlere und kleine Betriebe durch Senkung der Steuer- und Abgabenlast verbessern und ein investitionsfreundliches Klima schaffen. Wir werden fortschreiten beim Abbau von bürokratischen Hürden für den Mittelstand (Vorschriften, Meldepflichten). Wir werden zusätzliche Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Jungunternehmer aufbauen (Informations- und Maklerbörsen).

Privates Kapital für Investitionen und neue Arbeitsplätze bei mittelständischen Unternehmen und Existenzgründern muß durch attraktive Fördermaßnahmen mobilisiert werden.

Innovationen – Deutschland an der Spitze des technischen Fortschritts

Wir werden unsere Position als High-Tech-Land weiter ausbauen, indem wir Schlüsseltechnologien mit Vorrang fördern. Biotechnologie und Gen-

technologie, Umwelttechnologien, Multimedia und die Telekommunikationstechnologien, Luft- und Raumfahrt mit ihren Schlüsseltechnologien – daraus entwickeln sich die Wachstumsmärkte der Zukunft, Topbranchen mit enormen Beschäftigungschancen. Um in den modernen Verkehrstechnologien an der Spitze zu liegen, werden wir Verkehrsleitsysteme fördern und den Transrapid als deutsche Spitzentechnologie im eigenen Land verwirklichen.

Damit wir im Wettbewerb noch besser bestehen können, werden wir Grundlagenforschung und angewandte Forschung enger verzahnen und den Technologietransfer verbessern. Damit können wir eine schnellere Vermarktung sicherstellen und dem Mittelstand wichtige Forschungsergebnisse leichter zugänglich machen (Innovationsdatenbanken, Innovationsberatungsstellen).

Wir werden eine optimale Vernetzung von Straße, Schiene, Wasserstraße und Flughäfen herbeiführen. Wir werden Maßnahmen zu einer gerechteren Anlastung von Verkehrswegekosten ergreifen. In der Energieversorgung werden wir am Energiemix festhalten. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung – Biomasse, Solarenergie, Wasser- und Windkraft – bis zum Jahr 2010 verdoppeln. Kernkraft bleibt unverzichtbar, auch aus Umweltgründen.

Mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt

Beschäftigungsorientierte Lohnpolitik ist eine unverzichtbare Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze in Deutschland. Kräfte, die das „Ende der Bescheidenheit“ fordern, handeln unverantwortlich. Wir unterstützen die Tarifpartner in ihrer Anstrengung, betriebliche Arbeitszeiten zu flexibilisieren (Arbeitszeitkonten), stärkere leistungs- und ertragsorientierte Gehaltskomponenten einzuführen und Überstunden abzubauen.

Aufgabe der Arbeitsverwaltung ist es, die Vermittlung von Arbeitskräften effektiv wahrzunehmen. Wir werden die Arbeitsförderung weiter verbessern. Auch die Privatisierung der Arbeitsvermittlung ist ein neuer Weg, den wir verstärkt nutzen wollen. Bereits heute werden von den Arbeitsämtern Dritte mit der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen beauftragt. Dieser Weg muß verstärkt genutzt und auch auf andere Bereiche ausgedehnt werden.

Anreize zur Arbeit verstärken – Mißbrauch bekämpfen

Der traditionelle Vollzeitarbeitsplatz ist heute nicht mehr die alleinige Norm, wird auch nicht mehr von allen angestrebt. Viele suchen einen Teilzeitarbeitsplatz. Mancher wäre auch mit einem Einfacharbeitsplatz zufrieden. Diesen Bedürfnissen werden wir besser Rechnung tragen. Eine akzeptable Beschäftigungschance muß jedem zugänglich sein – für die geringqualifizierten, von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohten Menschen auch durch die Schaffung von Beschäftigungsverhältnissen auf gemeinnütziger Basis.

Bereits heute beschäftigen die Kommunen über 200.000 arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger. Das sind fast dreimal so viele wie noch vor drei Jahren. Wir wollen helfen, dieses Beschäftigungsangebot auszuweiten. Unser Ziel ist es, mittelfristig jedem Langzeitarbeitslosen, dem kein Arbeitsplatz angeboten werden kann, über die Kommunen eine gemeinnützige Arbeit zu verschaffen. Derartige staatlich gestützte Beschäftigungsverhältnisse dürfen allerdings die Entwicklungschancen mittelständischer Unternehmen nicht gefährden.

Wir setzen uns dafür ein, die Anreize für die Aufnahme von Arbeit zu verbessern. Wiederherstellung einfacher Anforderungsprofile, Einstiegstarife, Nutzung der Möglichkeiten der neuen Eingliederungsverträge sowie die Bereitschaft, geringer Qualifizierten eine Chance zu geben, sind wichtige Beiträge, die wir von den Tarifpartnern einfordern. Durch einen niedrigeren Eingangssteuersatz von 15 % machen wir geringbezahlte Arbeit attraktiver.

Wir haben die Sozialhilfereform erfolgreich durchgesetzt und ein Modell entwickelt, das es dem Sozialhilfeempfänger ermöglicht, – je nach Familienstand – einen größeren Teil seines Zuverdienstes neben dem Sozialhilfebezug zu behalten. Jeder, der arbeitet, soll mehr verdienen, als wenn er nicht arbeitet.

In einem weiteren Schritt wollen wir den Gedanken einer verbesserten Kombination aus staatlicher Leistung und Erwerbseinkommen auch für die Empfänger von Arbeitslosenhilfe nutzbar machen. Auch für diese Gruppen muß es sich lohnen, eine gering bezahlte Arbeit aufzunehmen, weil ihnen ein Teil der staatlichen Leistungen bzw. der Versicherungsleistungen erhalten bleibt. Wir wollen ein Kombilohn-Modell entwickeln, das tarifliche Niedriglöhne mit einer neugestalteten, nach Bedürftigkeit

gewährten Transferleistung in optimaler Weise kombiniert, unter Einbeziehung der hierfür verfügbaren Finanzmittel aus Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Diese Mittel können besser eingesetzt werden. Denn es ist immer besser Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit.

Wir wollen den Mißbrauch von Sozialleistungen konsequent und effektiv bekämpfen. Wer Leistungen der Gemeinschaft fordert, muß auch zu Gegenleistungen bereit sein. Schwarzarbeit werden wir nachhaltig bekämpfen.

Bildung reformieren – die besten Chancen für die Jugend

Eine solide Berufsausbildung ist die beste Vorkehrung gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit. Damit auch leistungsschwächere Menschen eine Chance am Arbeitsmarkt behalten, bedarf es eines geeigneten Bildungsangebots und einer insgesamt größeren Differenzierung im Bildungssystem. Dazu zählen auch zweijährige Ausbildungsgänge. CDU und CSU wollen neue Ausbildungsberufe mit überwiegend praktischer Qualifikation schaffen.

Wir setzen uns dafür ein, daß die duale Berufsausbildung anpassungsfähig bleibt, indem rechtzeitig neue und modernisierte Berufsbilder entwickelt werden, die den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft widerspiegeln. Um international konkurrenzfähig zu bleiben, wollen wir die Allgemeinbildung verstärken und die Erstausbildung verkürzen, damit der Einstieg ins Berufsleben früher erfolgen kann.

Wissen und Werte gehören zusammen. Für uns behält daher der Religionsunterricht seinen festen Platz als ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen.

Wir setzen uns dafür ein, daß das Leistungsvermögen der Schulen in den einzelnen Bundesländern auf geeignete Art und Weise ermittelt wird, damit die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen sichergestellt werden kann. In einer weltoffenen modernen Dienstleistungs- und Industriegesellschaft müssen in Zukunft wirtschaftliche Zusammenhänge, Fremdsprachen und der Umgang mit den neuen Medien sehr viel intensiver unterrichtet werden.

Wir werden die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen stärken, indem wir ihre Flexibilität erhöhen und ihnen mehr Gestaltungsraum einräumen. Hochschulen sollen eigene Profile entwickeln können und stärker in den Wettbewerb untereinander treten. Die Finanzierung soll stärker an die Leistungsfähigkeit der Hochschulen geknüpft werden. Dies schließt nicht nur Forschungsleistungen ein, sondern auch die Qualität der Lehre und die Zahl der pünktlich zum Examen gelangten Studenten.

Schnelle und effiziente Verwaltung

Damit der Rechtsstaat seine Aufgaben effektiv erfüllen kann, muß er sich auf das Wesentliche konzentrieren. Wirtschaftliche Dynamik und Innovationsfähigkeit dürfen nicht durch staatliche Reglementierung und bürokratischen Perfektionismus erstickt werden.

Damit Überregulierung und Überreglementierung besser eingedämmt werden können, wollen wir künftig in begründeten Fällen die Abweichung von gesetzlichen Vorgaben, wie Standards, Mindestgrößen, Prüfmaßstäben und dergleichen, ermöglichen. Durch Öffnungs- und Experimentierklauseln wollen wir Bundesgesetze für pragmatische und flexible Handhabungen vor Ort öffnen. Einfachere, schnellere Verfahren, wie das Auditierungsverfahren und das Projektmanagement, entsprechen einem neuen Verständnis von Verwaltung als öffentlicher Dienstleistung.

Wir haben Maßnahmen getroffen, um den öffentlichen Dienst in seiner Gesamtheit leistungsorientierter, flexibler und effizienter zu machen. Am Berufsbeamtentum halten wir fest. Der verstärkte Einsatz moderner Informationstechnik und neuer Führungs- und Steuerungsinstrumente sind Teilschritte einer grundlegenden Modernisierung der Verwaltung. Das öffentliche Haushaltswesen wird reformiert, um Kostentransparenz zu ermöglichen, um Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu verbessern.

Föderalismus stärken — Vorrang für kleinere Einheiten

CDU und CSU wollen einen lebendigen Föderalismus mit mehr Wettbewerb unter den Ländern. Wir müssen wieder stärker dahin kommen, daß Bund und Länder ihren Bereich eigenverantwortlich gestalten können.

Mischkompetenzen, unübersichtliche Verantwortlichkeiten und Mitwirkungsrechte, die als Blockadeinstrument mißbraucht werden können, müssen beseitigt werden. Bundesgesetze sollten nur noch dann von der Zustimmung des Bundesrates abhängig sein, wenn sie wirklich in Länderbelange eingreifen; gleichzeitig sollten die Länder mehr eigene Kompetenzen zurückerhalten.

Um mehr föderalen Wettbewerb zu erreichen, wollen CDU und CSU den Finanzausgleich und die Finanzverfassung in Deutschland reformieren. Wir wollen mehr Steuerautonomie für die Länder. Eine größere Steuerautonomie eröffnet den Ländern größeren Gestaltungsspielraum. Sie ermöglicht Flexibilität und einen gezielten Wettbewerb um optimale Standortbedingungen für Arbeitsplätze und für die Wirtschaft.

Die Verteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden in der Finanzverfassung und den Länderfinanzausgleich müssen wir durchschaubarer und besser regeln. Dabei ist ein klares Trennsystem, das z. B. dem Bund die indirekten und den Ländern die direkten Steuern zuweist, ebenso in Erwägung zu ziehen wie ein Modell, bei dem die Länder eigene Hebesätze auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer erheben dürfen.

Bei der Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs werden wir darauf achten, daß die Verantwortung der Länder für Wachstum und Steuereinnahmen gestärkt wird. Die Finanzierungslast muß bei der staatlichen Ebene liegen, die auch für die Aufgabenerfüllung zuständig ist.

Am Vorrang für den Aufbau Ost halten wir fest. Die Pflicht zur nationalen Solidarität gebietet, daß unverschuldete Strukturnachteile insbesondere in den neuen Ländern und die Folgelasten des Sozialismus ausgeglichen werden. Unter Wahrung des Solidarprinzips kann der Wettbewerbsgedanke auch für den Umbau unserer sozialen Sicherungssysteme Anwendung finden.

Im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit des deutschen Föderalismus im geeinten Europa wollen wir darüber hinaus vielfältige Formen des vertieften Zusammengehens und Zusammenwirkens von Ländern erleichtern.

Deutschlands Verantwortung für Europa und in der Welt

Das vereinte Europa voranbringen

CDU und CSU wollen die europäische Einigung weiter voranbringen. Die europäische Integration entscheidet über die Zukunft unseres Kontinents. Die Verankerung unseres Vaterlandes in der Europäischen Union und die gemeinsame europäische Währung liegen im Interesse Deutschlands. Wir haben die historisch einmalige Chance, eine dauerhafte Friedensordnung in einem freien und stabilen Europa zu schaffen. Unsere Vision ist ein Europa der Nationen und Regionen. CDU und CSU sagen Nein zu einem zentralistischen europäischen Bundesstaat. CDU und CSU haben ein klares Programm für Europa:

- CDU und CSU haben sichergestellt, daß die Wirtschafts- und Währungsunion eine Stabilitätsgemeinschaft ist. Nur mit einer harten Gemeinschaftswährung können sich 300 Millionen Europäer im intensiver werdenden internationalen Wettbewerb erfolgreich behaupten. CDU und CSU haben durchgesetzt, daß der Euro so stabil wird wie die Mark. Wir haben eine historisch beispiellose Stabilitätskultur in Europa geschaffen. CDU und CSU bleiben auch in Zukunft Garanten für Stabilität in Europa. Wir wollen kein sozialistisches Europa der Umverteilung.
- CDU und CSU sind für ein starkes Europa, dem die Bürger vertrauen. Europa wird die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur bewältigen, wenn es bürgernah ist und auf die Zustimmung der Bürger zählen kann. CDU und CSU haben den föderalen Gedanken der Subsidiarität nach Europa getragen. Wir wollen ein Europa, das sich auf Aufgaben konzentriert, die nur auf europäischer Ebene lösbar sind: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Bekämpfung der internationalen Kriminalität, Bewältigung weltweiter Asyl- und Flüchtlingsströme und gemeinsame Standards im Umweltschutz. Die Bürger werden Entscheidungen auf europäischer Ebene nur dann akzeptieren, wenn die entsprechenden Regelungen nicht in ausreichender Weise auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene getroffen werden können. Und wenn

zugleich klar ist, daß eine Entscheidung auf europäischer Ebene unbedingt erforderlich ist und im Interesse der Menschen liegt.

- CDU und CSU wollen Kompetenzen auf Nationalstaaten und die Regionen zurückverlagern, soweit gemeinsames Handeln nicht erforderlich ist. Örtliche, regionale oder nationale Besonderheiten müssen bei der Entscheidungsfindung in ausreichendem Maße berücksichtigt werden. Wir wollen eine stärkere Kontrolle der EU-Kommission und der EU-Verwaltung. Das Europäische Parlament muß entsprechend in seinen Rechten weiter gestärkt werden.

- CDU und CSU setzen sich mit Nachdruck für eine faire Lastenteilung bei der Finanzierung Europas ein. Wir werden deshalb für eine Neuordnung der Gemeinschaftsfinanzen eintreten. Künftige Aufgaben der Europäischen Union müssen aus dem bestehenden Finanzrahmen erfüllt werden. Die Mittel für die künftige Strukturförderung in der Europäischen Union sind zu begrenzen. Bei den dafür notwendigen Einsparungen werden wir eine überdurchschnittliche Belastung Deutschlands und eine Benachteiligung unserer ländliche Räume verhindern. Mitgliedsstaaten und Regionen brauchen mehr Spielraum für eine eigenverantwortliche Förderung ihrer Unternehmen. Leistungen aus dem Kohäsionsfonds an Teilnehmerstaaten der Währungsunion müssen rasch auslaufen.

- CDU und CSU lehnen eine Transferunion mit zusätzlichen Belastungen für die deutschen Steuerzahler ab. Forderungen von Rot-Grün nach einem EU-Beschäftigungsprogramm und einer Angleichung von Sozialstandards sind nicht bezahlbar und gingen unverantwortlich zu Lasten Deutschlands.

- Die Osterweiterung ist im politischen und wirtschaftlichen Interesse Deutschlands und rückt unser Vaterland in die Mitte der Europäischen Union. CDU und CSU wollen die EU-Beitrittsverhandlungen mit den ersten sechs Beitrittskandidaten zügig, aber sorgfältig führen. Ausreichend lange Übergangsfristen nach dem Beitritt sind wegen der großen Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung gleichermaßen im Interesse der Beitrittsländer wie der Europäischen Union.

- Die Fortschritte im Vertrag von Amsterdam müssen für eine verbesserte Bekämpfung internationaler Kriminalität und eine strikte Begrenzung der Zuwanderung genutzt werden. Im Bereich des Asylrechts ist eine

faire Lastenverteilung der Asylsuchenden auf die EU-Mitgliedsstaaten notwendig.

Aussiedler und Vertriebene

Unsere Sorge für die Deutschen in Rußland und in den anderen Ländern Ost- und Südosteuropas ist ein Gebot nationaler Solidarität. Spätaussiedler sind Deutsche und haben ein Recht darauf, im Rahmen des geordneten Aufnahmeverfahrens nach Deutschland zu kommen und hier für sich und ihre Familien eine Zukunft aufzubauen. Zugleich wollen wir dazu beitragen, daß diejenigen, die bleiben wollen, gesicherte Lebensperspektiven in ihrer angestammten Heimat erhalten.

CDU und CSU wollen die deutschen Heimatvertriebenen und deutsche Volksgruppen in Mittel- und Osteuropa intensiv in das Zusammenwirken mit unseren östlichen Nachbarstaaten einbeziehen – vor allem im Hinblick auf die Osterweiterung der Europäischen Union. Die in der Europäischen Union geltende Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit ist ein Schritt hin zur Verwirklichung des Rechts auf Heimat auch der deutschen Vertriebenen – in einem Europa, das sich als Rechts- und Wertegemeinschaft versteht und in dem die Völker und Volksgruppen unter wechselseitiger Achtung und Förderung der jeweiligen Identität einträchtig und ohne rechtliche Diskriminierung auch aus der Vergangenheit zusammenleben können.

Frieden, Freiheit und Stabilität sichern: Ja zu NATO und Bundeswehr

Deutschland muß ein verlässlicher und bündnistreuer Partner bei der Übernahme von Verantwortung für Frieden und Freiheit bleiben. CDU und CSU haben die Teilnahme der Bundeswehr an Friedenseinsätzen der NATO durchgesetzt, während Rot-Grün das als „Militarisierung deutscher Außenpolitik“ heftig bekämpft hat. Deutschland wird sich auch in Zukunft seiner Verantwortung stellen. Die Soldaten der Bundeswehr leisten hervorragenden Friedensdienst in Bosnien.

Wir wollen die NATO als Garanten für Frieden, Freiheit und Stabilität in Europa stärken. Zur NATO gibt es keine Alternative. Wir werden die

NATO als Wertegemeinschaft und Verteidigungsbündnis zu einer Allianz für Stabilität und Krisenbewältigung weiterentwickeln. Die NATO muß für weitere Kandidaten offen sein. Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit müssen dabei gewährleistet bleiben.

Die Westeuropäische Union ist europäischer Pfeiler der NATO und der verteidigungspolitische Arm der EU. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik stärkt die Position der EU in der internationalen Politik. Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Rußland und der Ukraine ist hierfür von besonderer Bedeutung. Mit CDU und CSU wird es keine Schwächung oder schrittweise Auflösung der NATO nach dem Modell von Rot-Grün geben.

CDU und CSU wollen ein gleichgewichtiges Bündnis zwischen Europa und Amerika. Die Vereinigten Staaten müssen auch in Zukunft eine prä-sente sicherheitspolitische Kraft in Europa bleiben. Wir wollen die enge Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten kräftigen und weiter ausbauen.

Wir wollen Übereinstimmung herbeiführen zwischen dem europäischen Teil der NATO, der Westeuropäischen Union und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union muß handlungsfähiger werden.

Wir werden die Voraussetzungen für eine moderne und leistungsfähige Bundeswehr weiter sicherstellen. Der Friedensumfang der Bundeswehr von 340.000 Soldaten und die ausgewogene Mischung von Wehrpflichtigen, Zeit- und Berufssoldaten entsprechen den sicherheitspolitischen Anforderungen von heute und morgen. An der Wehrpflicht halten wir fest. Sie ist unverzichtbare Grundlage für die erfolgreiche Integration unserer Bundeswehr in Staat und Gesellschaft. Wir wollen eine Bundeswehr, die durch das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform und das Konzept der Inneren Führung geprägt ist.

Unsere Soldaten sind gut ausgebildet und hoch motiviert. Sie haben sich bei der Flutkatastrophe an der Oder hervorragend bewährt und damit einen sichtbaren Beitrag zur inneren Einheit Deutschlands geleistet. Wir werden unsere Soldaten auch strafrechtlich vor Verleumdungen und persönlicher Verunglimpfung schützen. Öffentliche Gelöbnisse werden wir weiter überall in Deutschland durchführen.

Zuwanderung einschränken — Integration fordern und fördern

Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. Wir sind weltoffen und gastfreundlich. In Deutschland haben mehr Bürgerkriegsflüchtlinge Zuflucht gefunden als in allen anderen europäischen Staaten. Damit unser Land ausländerfreundlich bleibt, darf die Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit der Deutschen aber nicht überfordert werden. Deshalb muß der Zuzug so eng wie möglich begrenzt bleiben. Wer Zuwanderung für unser dicht besiedeltes Land fordert, gefährdet den inneren Frieden. Er leistet damit auch radikalen Kräften Vorschub. Deutschland kann einen verstärkten Zuzug nicht verkraften. Illegale Zuwanderung werden wir mit allen Kräften unterbinden.

CDU und CSU haben das neue Asylrecht gegen langjährigen Widerstand von Rot-Gün durchgesetzt und damit erfolgreich den Mißbrauch eingedämmt. Die Bewerberzahlen sind gegenüber Anfang der 90er Jahre auf unter ein Viertel zurückgegangen.

Wir werden nicht zulassen, daß SPD und Grüne das neue Asylrecht bei der Abschiebung unterlaufen. Politisch Verfolgte sollen weiter Schutz finden können. Das ist aber nur möglich, wenn wir Mißbrauch weiter konsequent unterbinden.

Ausländer, die nur nach Deutschland kommen, um unsere Sozialleistungen in Anspruch nehmen zu können, und Ausländer, die ihre Ausweispa-piere vernichten, um ihre Abschiebung zu vereiteln, erhalten zukünftig nur noch die notwendigsten Leistungen: Ernährung, Gemeinschaftsunterkunft, Kleidung, Behandlung bei akuter Erkrankung, keinerlei Bargeld. Das haben CDU und CSU im Deutschen Bundestag gegen den Widerstand von Rot-Grün durchgesetzt. Wir üben damit bewußt Ausreisepressur auf diejenigen, die sich nicht rechtmäßig verhalten und damit unseren Staat zu Leistungen nötigen wollen. Diese Neuregelung wollen wir auch auf ausreisepflichtige Ausländer ausdehnen, denen die Ausreise auch zuzumuten ist, und auf alle illegal Eingereisten.

Ausländer, die kein Bleiberecht in Deutschland erhalten, müssen unser Land auch wieder verlassen. Die SPD-geführten Bundesländer fordern wir auf, ausreisepflichtige Ausländer, die abgeschoben werden können,

auch tatsächlich außer Landes zu bringen. Unsere Entwicklungszusammenarbeit ist auch darauf gerichtet, die Rücknahmebereitschaft der Herkunftsländer zu befördern.

Wir brauchen klare europäische Asylregelungen mit eindeutigen Zuständigkeiten, vereinheitlichten Leistungen und einer fairen Lastenteilung. Wir sind bereit zu einer europäischen Harmonisierung, bei der der Staat Asyl nach Maßgabe der Gesetze gewährt.

Wir wollen mithelfen, die Auswanderungsursachen in den Herkunftsländern zu beseitigen. Denn je geringer der Auswanderungsdruck, desto geringer auch der Zuwanderungsdruck in die Länder Europas. Deshalb ist es so wichtig, daß die Vereinten Nationen – und in ihrem Auftrag die NATO und andere Staaten – überall auf der Welt konfliktregulierend und streitschlichtend eingreifen, denn kriegerische Auseinandersetzungen und Gewalttaten sind noch immer der Hauptanlaß für Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen. Armutswanderungen aus der Dritten Welt müssen wir auch weiterhin mit effizienten Maßnahmen der Entwicklungsförderung und der Hilfe zur Selbsthilfe begegnen.

Die Integration der auf Dauer rechtmäßig bei uns lebenden ausländischen Mitbürger wollen wir weiter fördern. Diese Integration findet auch vielerorts statt, zum Beispiel am Arbeitsplatz, in der Schule, im Sportverein. Wer auf Dauer in Deutschland leben will, der muß auch bereit sein, sich in unsere Gesellschafts- und Werteordnung einzufügen, sich unseren Lebensgewohnheiten anzupassen, unsere Rechtsordnung und unsere Verhaltensnormen zu beachten und die tragenden Grundüberzeugungen unseres Gemeinwesens zu respektieren. Integration muß bewußt gewollt und auch angestrebt sein. Das Nachzugsalter von Kindern muß so angesetzt sein, daß die notwendigen schulischen und außerschulischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration gegeben sind.

Wir beabsichtigen, im Rahmen einer Reform des Staatsangehörigkeitsrechts als Abschluß erfolgreicher Integration weitere Erleichterungen beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu gewähren. Wer Deutscher werden will, muß aber bereit sein, seine alte Staatsangehörigkeit aufzugeben. Wichtigste Einbürgerungsvoraussetzungen sind Beherrschung der deutschen Sprache und das Bekenntnis zu unserem Grundgesetz.

Wir wollen Integration derer, die dauerhaft und rechtmäßig bei uns leben; Ausweisung jener, die in Deutschland gegen die Rechtsordnung grob verstoßen, Begrenzung des Zuzugs und Verhinderung illegaler Zuwanderung, um die Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit der Deutschen nicht zu überfordern; Bekämpfung der Wanderungsursachen in den Herkunftsländern – nur so kann eine vernünftige Ausländerpolitik für Deutschland und für Europa aussehen.

Engagement für die „Eine Welt“

Wir wollen unsere Verantwortung für Frieden und nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert wahrnehmen. Den Menschen in den Entwicklungsländern bieten wir unsere Hilfe zur Selbsthilfe an. Voraussetzung für unsere Hilfe ist, daß die betreffenden Staaten geeignete Rahmenbedingungen für Entwicklung schaffen, also Beachtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, eine sozial ausgerichtete Marktwirtschaft, Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns.

Wenn wir uns für den Kampf gegen Armut und Unterentwicklung engagieren, leisten wir zugleich einen wichtigen Beitrag zum Schutz der natürlichen Ressourcen. Denn Unterentwicklung und Umweltschädigung hängen eng miteinander zusammen. Viele Umweltprobleme, mit denen wir heute konfrontiert sind, sind auf nationaler Ebene nicht zu lösen. Die ökologische Herausforderung ist eine Herausforderung im Weltmaßstab und kann auch nur im Weltmaßstab angegangen werden. Wir werden daher die Harmonisierung von Umweltschutzstandards bei uns in Europa und weltweit vorantreiben.